

# Courier

Zentral-Organ für die Interessen  
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.  
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.  
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1,50 M.  
Der Courier ist in die Postzeitungliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engelster 21.  
Telephon: Amt Moritzplatz, 950 und 11 864  
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss  
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.  
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.  
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 34.

Berlin, den 30. August 1914.

18. Jahrg.

## Des toten Lassalle lebendiges Werk.

Juni 31. August 1864.

Ein häßlicher Schatten fällt auf die letzten Lebenstage des Begründers des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Ein ganz anderer Mann ist der Lassalle vom Sommer 64, als der er vorher war. Sehen wir bis dahin einen Menschen, der alle seine glänzenden Gaben in den Dienst einer Sache gestellt, der mit seinem Feuerkopf sich an die Spitze einer kleinen Schar von Männern gestellt hatte, die der Welt ein anderes Gesicht geben wollten, so haben wir in den letzten Wochen seines Lebens einen müden Kämpfer, der resigniert die Waffe aus der Hand legt und an sein eigenes Werk nicht mehr glauben will. Der aber dann in einer rein persönlichen Angelegenheit Himmel und Hölle in Bewegung setzt, mit einer ins Kranke gesteigerten Energie seine Sache vertritt.

Im Sommer des Jahres 1864 war Ferdinand Lassalle von den fast übermenschlichen Anstrengungen und Aufregungen der letzten Jahre fast ganz zusammengebrochen. Die Erfolge, die er erwartet, waren auch nicht im entferntesten eingetroffen. In dieser Stimmung schrieb er am 28. Juli: „Ich wünsche nichts sehnlicher, als die ganze Politik los zu werden. Ich bin der Politik müde und satt.“ Aus verschiedenen Ausdrücken dieser Zeit ist zu schließen, daß Lassalle ernstlich die Absicht hatte, die Leitung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins niederzulegen. Er wollte sich im Auslande niederlassen und benutzte die Gelegenheit, die ihm geboten wurde, sich in Genf die Aufenthaltserlaubnis zu verschaffen.

Der Gegenstand von Lassalles wahnwitzigen Anstrengungen dieser letzten Wochen hieß Helene v. Dönitz. Durch seine eigene Schuld hatte er dieses Mädchen sich entzweit. Und nun, nachdem er den Fehler gemacht, Helene, die sich zu ihm gesöhnt, wieder ihren Eltern zu übergeben, um diesen, wie Eduard Bernstein meint, seine unbegrenzte Macht über ihre Tochter zu zeigen, nun wandte er das Unmöglichste an, um sich in ihren Besitz zu setzen. Er war bereit, taubstumm zu werden, wenn der Bischof Fetteker ihm helfe, Helene wieder zu bekommen. Der bairische Minister von Schrenk, der Vorgesetzte des Vaters von Helene, sollte auf diesen einen Druck ausüben. Ja, sogar der König Ludwig II. von Bayern sollte sich, durch Vermittlung Richard Wagner's ins Mittel legen. Alles war jedoch vergebens, da Helene von Dönitzes ihm nunmehr erklärte, daß sie von ihm nun nichts mehr wissen wolle. Sie hatte sich wieder ihrem Jugendgeliebten Janko von Katschka zugewendet und sich mit ihm verlobt. In seiner Kaserne schickte Lassalle nun dem Bräutigam als auch dem Vater der Braut eine Duellforderung zu. Am 28. August fand zwischen Katschka und Lassalle das unglückliche Duell statt, wobei Lassalle einen Schuß in den Unterleib erhielt und am 31. August an den Folgen der Verletzung starb. Bernstein hat gewiß recht, wenn er meint: „Der Tod hatte Lassalle der Arbeiterbewegung zurückgegeben.“

Wohl starb der Mann, jedoch sein Werk lebte. Seine große Bewegung fängt mit einem bestimmten Tage an. Auch vor Lassalle gab es schon Organisationen. So im Jahre 1848, die aber in der Reaktionsperiode bis 1859 wieder eingingen. In jenen Jahren, von 1849 bis 1859, herrschte in Preußen wieder wie vor den Märztagen die juristische Reaktion. Nur ganz im verborgenen wurden kommunistische Ideen von den Handwerksburschen verbreitet. So ganz besonders die Gedanken Weitlings. Den Handwerksburschen war es z. B. verboten, die Schweiz zu betreten, weil sie republikanischer und kommunistischer Neigungen verdächtig war.

Da kam das Jahr 1859, eines der ereignisreichsten in der ganzen neueren Geschichte. In diesem Jahr fällt die Entdeckung der Spektralanalyse durch die Heidelberg'schen Professoren Bunsen und Kirchhoff; dann kam in diesem Jahr das Werk von Darwin: „Die Entstehung der Arten“ heraus und schließlich auch noch der Vorläufer von Karl Marx' Kapital: „Zur Kritik der politischen Ökonomie“. Eine Folgeerscheinung des italienischen Krieges von 1859 war die Gründung des deutschen Nationalvereins, der ersten Organisation

unseres Bürgertums. Dieser neugeborene liberale Verein schloß von Anfang an stark nach der ebenfalls damals langsam erwachenden Arbeiterschaft. Von einem entwickelten Klassenbewußtsein konnte nach Lage der Sache damals keine Rede sein. Kaum daß sich hier und dort leise so etwas wie ein Klassengefühl regte. Arbeiterbildungsvereine war eine Zeitlang die Lösung in den Reihen der Arbeiter. Und auch in diesen Vereinen spielten bürgerliche Gelehrte noch eine große Rolle. Schon sehr früh machte sich jedoch eine lebhaftere Opposition gegen die Kur-Bildungsbeule geltend. Man war vielfach der Meinung, daß die Pflege wirtschaftlicher Interessen viel wichtiger sei als alles andere. Besonders im Leipziger Arbeiterbildungsverein entbrannten die heftigsten Kämpfe. Mitten in diese Gährung fiel das Auftreten eines Mannes, der als Wegweiser an der Schwelle der modernen Arbeiterbewegung steht: Ferdinand Lassalle.

Leipziger Arbeiter hatten Lassalles Arbeiterprogramm gelesen. Sie erkannten sofort, daß Lassalle der richtige Mann sei, ihnen zu helfen. Sie wandten sich direkt an ihn und verabredeten mit ihm, er, Lassalle, solle ihnen, in irgendeiner ihm passenden Form seine Ansichten über die Arbeiterbewegung und über die Mittel, deren sie sich zu bedienen hat, um die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes in politischer, materieller und geistiger Beziehung zu erreichen, sowie besonders auch über den Wert der Assoziationen für die ganze unentwickelte Weltklasse auszusprechen.

Er machte ihnen nun klar, daß sie dahin zu streben hätten, sich auf ihre eigenen Füße zu stellen, sich als selbständige Arbeiterpartei zu organisieren, um so eine Vertretung in der gesetzgebenden Körperschaft zu erreichen. Daß das bei dem damals (und heute noch!) herrschenden Dreiklassenrecht nicht möglich war, wußte Lassalle natürlich auch und so ergab sich dann von selbst, daß die Arbeiter die Erläuterung eines wirklich freien Wahlrechtes auf ihre Fahne schreiben mußten. „Widen Sie nicht nach rechts noch links, seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines direktes Wahlrecht heißt und damit im Zusammenhang steht und dazu führen kann.“

Das offene Antwortschreiben ist die Geburtsurkunde der deutschen Sozialdemokratie genannt worden (Nebsting) und sicherlich nicht mit Unrecht. Obwohl diese kleine Schrift das allergrößte Aufsehen erregte, war ihre unmittelbare Wirkung nur gering. Der Feuerkopf Lassalle hatte sich viel mehr versprochen. Er schrieb in einem Brief vom 9. März 1863: „Da die Schrift in eine bereits bestehende praktische Bewegung fällt, so mußte sie wirken ungefähr wie die Thesen 1517 an der Wittenberger Schloßkirche.“ Daß sollte es insofern noch gute Worte haben. Zunächst schien das offene Antwortschreiben nur den einen, sicher nicht gewollten Erfolg zu haben, die unklaren Köpfe der damals leitenden Personen noch mehr zu verwirren.

Und doch sollte von diesem unheimlichen Festen eine Wirkung ausgehen, wie sie tiefer und umfassender gar nicht zu denken ist. Knüpfen sich doch hieran die Anfänge der deutschen Sozialdemokratie, ist doch diese Schrift ein Meilenstein der internationalen Arbeiterbewegung überhaupt!

Nach mühevoller Vorarbeit der Leipziger Arbeiter kam am 23. Mai 1863 im „Rathen“ die konstituierende Versammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zustande. Vertreten waren auf diesem vorbereitenden Kongress 11 Städte und zwar Leipzig durch Wahlreich, Dammmer und Frißche; Hamburg durch Audorf und Perl; Garburg durch Jort; Köln und Düsseldorf durch Leub; Eberfeld, Warmen und Solingen durch Bernhard Feder und Heymann; Mainz durch Schöppler und Dresden durch Kästig. Die meisten dieser modernen Pioniere sind heute den Massen so gut wie unbekannt. Wahlreich war Präsident des Kongresses. Als Präsident des neuen Vereins wurde mit fast unbeschränkter Gewalt, die aber nicht einer Laune Lassalles, sondern damals wenigstens einer unbedingten Notwendigkeit entsprang, und auf die Dauer von 5 Jahren Ferdinand Lassalle gewählt. Lassalle nahm die Wahl unter zwei Bedingungen an: 1. daß dieselbe von der Ma-

jorität sämtlicher Vereinsmitglieder in den bei der Generalversammlung vertretenen Städten gutgeheißen werde; 2. daß ihm gestattet sei, aus den Verbandsmitgliedern einen Vizepräsidenten auf so lange seine Befugnisse zu übertragen, als der Verein noch keine besondere Ausdehnung haben werde.

Das Fundament des späteren stolzen Baues war nun gelegt; der Anfang war da.

Die Weiterentwicklung des Vereins ging nur langsam unter Überwindung der größten Schwierigkeiten vor sich. Mit den 8000 bis 10 000 deutschen Arbeitern, die, wie Lassalle meinte, ungeduldig den Moment erwarteten, wo Listen aufgelegt würden, in welche sie sich als Mitglieder einschreiben könnten, hatte es noch gute Wege.

Schon im folgenden Jahre, am 31. August 1864 starb der Gründer des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins an den Folgen jenes unglücklichen Duells in Genf. Schon die erste Generalversammlung mußte ohne ihn tagen.

Als Präsident des Vereins war Feder gewählt worden, der schon in Frankfurt a. M. 1865 durch Földes-Herzogen ersetzt wurde. In den ersten Jahren mußte überhaupt fast auf jeder Generalversammlung ein neuer Präsident gewählt werden. So folgte Földes Bert und diesem Fortstellung und Wende; dann bis 1871 v. Schweizer. Im Jahre 1867 leistete man sich den Luxus von zwei Generalversammlungen, die vom 19. bis 20. Mai in Braunschweig und eine andere am 23. November in Berlin. Hier mußte der Verein 3408 Mitglieder, die durch 20 Delegierte vertreten wurden. Die siebente Generalversammlung die am 25. August 1868 in Hamburg tagte, wurde jedoch schon von 36 Delegierten, die 7274 zahlende Mitglieder in 83 Orten vertraten, besucht.

Aber schon hatte auch eine Spaltung stattgefunden. Ein paar Wochen nach seiner Hamburger Tagung fand in Düsseldorf die Generalversammlung des Lassalle'schen Allgemeinen Arbeitervereins statt, der sich von dem ersten getrennt hatte. Nach dem Bericht seines Präsidenten Wende verfügte der Verein über etwa 12 000 Mitglieder, die sich in 107 Orten verteilten. Streu der Tradition der Anhänger Lassalles erklärte sich die große Mehrheit der Delegierten gegen Arbeitseinstellungen. Hatte doch der Meister geradezu gepöbelt über den „Verlust der klaren Arbeitskraft, sich als Mensch zu gebärden“. Ja, auch folgende Resolution wurde gegen nur 7 Stimmen angenommen: „Die Versammlung erklärt, daß die obligatorische Abschaffung der Sonntagsarbeit unter den heute bestehenden Verhältnissen ein Raub an dem letzten Rest der Freiheit des arbeitenden Volkes sein würde und protestiert gegen diese, wie gegen jede andere Freiheitsveräußerung.“

Schon hieran sieht man deutlich genug, welche schwere innere Kämpfe doch schon hinter uns liegen. Diese theoretische Unklarheit sollte noch lange dauern. Leider zeigte sie sich auch in wiederholten Spaltungen. So gab es im Jahre 1870 nicht weniger als vier politische Arbeiterorganisationen: den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, den Lassalle'schen Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, die sozialdemokratische Arbeiterpartei und die süddeutsche Lassalle'sche Arbeiterpartei. Die erbittertesten Kämpfe wurden ausgeschrieben und man sah sich durchaus nicht immer mit Glacéhandschuhen an. So lag am 1. August 1871 in dem ersten Band von: „Aus meinem Leben“. Mit dem Auftreten Lassalles und der Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins — war das Signal gegeben zu erbitterten Kämpfen innerhalb der Arbeiterwelt, die sich von jetzt ab während einer ganzen Reihe von Jahren abspielten und in denen oft Szenen vorliefen, die jeder Beschreibung spotten. Die Erbitterung wuchs mit den Jahren hüben und drüben, und da Arbeiter nicht an den Salonten gehöhnt sind — so floßen die derbsten Grobheiten und Beschuldigungen herüber und hinüber. Nicht selten kam es auch zu Raufereien und Gewalttätigkeiten in den Versammlungen, in denen die Gegner aufeinanderplagten, was zur Folge hatte, daß öfter die Wirte ihre Säle für Versammlungen verweigerten.“

Trotz alledem beteiligten sich die einzelnen Vereine schon seit 1866, in welchem Jahre für den norddeutschen Reichstag das allgemeine, gleiche, geheime



es ist demnach ein Zuwachs von 7214 weiblichen Mitgliedern = 3,33 Prozent erfolgt, während die Zuwachspanne bei den männlichen Mitgliedern nur 0,48 Prozent ausmacht. Der Anteil der weiblichen Mitglieder an der Gesamtzahl hat sich entsprechend der früheren Zunahme von 8,6 Prozent auf 8,8 Prozent erhöht.

Der Verband der Blumenarbeiter trat mit Schluß des Berichtsjahres zum Fabrikarbeiterverband über, so daß die Zahl der gegenwärtig der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände (außer den Hausangestellten und Landarbeitern) 46 beträgt.

**II.**

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die ungünstige wirtschaftliche Lage des Jahres 1913 auch die Finanzen der Zentralverbände erheblich beeinträchtigt. Die Einnahmen blieben jedoch hiervon unberührt, wohl aber (schnellen) die Ausgaben der Verbände stark in die Höhe. Diese Steigerung ist zum erheblichsten Teile auf das Konto der vermehrten Ausgaben für Unterfütungen zu setzen.

In der Höhe der Beitragsleistung hat sich gegen das Vorjahr wenig geändert. Soweit wie Veränderungen in den Beitragsklassen eingetreten sind, erfolgten sie in aufsteigender Richtung.

Die Gesamteinnahme der Zentralverbände betrug im Jahre 1913 82 005 580 M. 1912 wurden dagegen insgesamt 80 233 575 M. vereinnahmt, so daß gegenüber dem Vorjahre die Einnahme sich um 1 772 005 M. erhöhte. Es wurde vereinnahmt an Eintrittsgeldern 351 251 M., Verbandsbeiträgen 66 267 542 M., örtlichen Beiträgen 9 772 868 M., Ortsbeiträgen 43 025 M., Streitbeiträgen in Streitorten 162 047 M., Zinsen 2 437 929 M. Die sonstigen Einnahmen betragen 2 970 918 M. Die Einnahme an Eintrittsgeldern ist um 118 806 M. geringer als 1912. Diese Mindereinnahme ist ein Zeichen dafür, daß durch die Wirtschaftskrise die Verbände der Gewerkschaften stark beeinträchtigt wurde. Die Einnahme an Verbandsbeiträgen ist dagegen um 1 735 491 M. gestiegen. Angesichts dieser erheblichen Vermehrung der Beitragsleistung werden unsere verlässigsten Gegner wohl beim besten Willen keinen Rückgang der Zentralverbände konstatieren können.

Die Gesamtausgaben der Zentralverbände sind, wie schon erwähnt wurde, gegenüber dem Vorjahre außerordentlich stark gestiegen. Es wurden verausgabt 1912 61 105 675 M. 1913 dagegen 74 904 962 M. In keinem der früheren Berichtsjahre ist eine gleich starke Vermehrung der Ausgaben zu verzeichnen. Annähernd schroffe Steigerungen erfolgten zwar auch in den Jahren 1906 und 1910 mit 11,9 und 11,6 Millionen Mark, doch kommt für beide Jahre auch eine gleichzeitige erhebliche Vermehrung der Mitglieder in Betracht. Und außerdem entfiel im Jahre 1910 die Mehrausgabe ausschließlich auf die in diesem Jahre stattgefundenen umfangreicheren wirtschaftlichen Kämpfe (Bauarbeiterkampf). Beide Momente fallen für 1913 fort. Es kommen von den Gesamtausgaben auf die einzelnen Posten folgende Summen:

Verbände	M.
Reiseunterstützung . . . . .	33 1 506 247
Umzugsunterstützung . . . . .	34 431 127
Arbeitslosenunterstützung . . . . .	42 11 532 980
Arbeitsunfähigen (Kranken-) Unterfütg.	45 18 511 831
Invalidenunterstützung . . . . .	8 559 786
Beihilfe in Sterbefällen . . . . .	45 1 288 257
Beihilfe in Nothfällen . . . . .	36 1 018 612
Unterstützung bei Streiks und Aus-	
sperrungen im Beruf . . . . .	45 16 079 254
Streiks in anderen Berufen und im	
Ausland . . . . .	43 525 502
Rechtsschutz . . . . .	46 407 046
Gemahregeltenunterstützung . . . . .	88 987 481
Verbandsorgan . . . . .	47 2 802 882
Bibliotheken . . . . .	36 324 299
Unterrichtskurse . . . . .	25 85 778
Statistiken . . . . .	16 147 583
Agitation . . . . .	45 3 224 304
Druckschriften, Broschüren usw. . . . .	42 694 311
Stellungsvermittlung . . . . .	20 141 384
Konferenzen und Generalversammlungen	46 770 971
Sonstige Zwecke . . . . .	47 3 202 018
Beitrag an die Generalkommission . . . . .	47 440 008
Beitrag zu internat. Verbindungen . . . . .	30 88 431
Beitrag an Kartelle und Sekretariate . . . . .	42 1 549 001
Projektkosten . . . . .	15 58 156
Verwaltungsstellen (der Hauptklasse)	
persönliche . . . . .	47 1 306 078
Verwaltungsmaterial . . . . .	47 873 778
Verwaltungskosten der Zahlstellen und	
Gaue . . . . .	47 11 408 512

Nach hier Hauptgruppen geordnet wurde 1913 und 1912 verausgabt für:

	1913 M.	1912 M.
Bildungszwecke . . . . .	3 360 087	8 220 911
Unterstützungszwecke . . . . .	47 798 033	37 194 412
Agitation, Stellungsvermittlung, Generalversammlungen und Verbindungen . . . . .	10 168 534	9 064 744
Verwaltung . . . . .	18 588 358	11 625 608

Für Bildungszwecke, Agitation usw. und Verwaltung wurden 1913 zusammen 3 200 666 Mark mehr aufgewendet als 1912. Von den 47 793 033 Mark, die für Unterfütungen verausgabt wurden, kommen 16 604 756 M. auf die Führung wirtschaftlicher Bewegungen und Kämpfe. Hierfür beträgt die Mehrausgabe 3 858 100 M. Sie ist besonders zu berücksichtigen auf die umfangreicheren Kämpfe der Holzarbeiter, Maler, Metallarbeiter und Transportarbeiter. Die Ausgabe für die übrigen Unterfütungen hier jedoch gegen das Vorjahr um 6 740 521 M.

**Es wurde gezahlt an:**

	1913 M.	1912 M.	gegen 1912 mehr
Reiseunterstützung . . . . .	1 506 247	1 179 102	327 145
Arbeitslosenunterstützung . . . . .	11 532 980	7 741 240	3 791 690
Krankenunterstützung . . . . .	18 511 831	11 436 326	2 075 505
Notfallunterstützung . . . . .	1 018 612	515 846	502 766
Sonstige Unterfütungen . . . . .	8 618 657	8 675 242	43 415
Zusammen	31 188 277	24 447 756	6 740 521

Die stärkste Steigerung der Ausgaben trat bei der Arbeitslosenunterstützung mit 3 791 690 Mark ein. Dazu kommt noch die um 327 145 M. erfolgte Vermehrung der Reiseunterstützung. Auch die Ausgaben für Kranken- und Notfallunterstützung sind außerordentlich gestiegen. Alle diese Mehrausgaben sind ein Zeichen für die durch die neuere Wirtschaftskrise hervorgerufene Bedrängnis der Arbeiterkraft. Die auf jedes Mitglied entfallenden Durchschnittssätze an Ausgaben für Unterfütungen übertrafen 1913 noch die des Vorjahres 1908. Es betrug die Ausgabe für Unterfütungen pro Kopf der Mitglieder 1908 11,71, 1912 9,66 und 1913 12,23 Mark. Gegen das Vorjahr wuchs die Ausgabe um 2,57 M.

Die vorstehenden Vergleiche lassen deutlich die hohen Anforderungen erkennen, die das Jahr 1913 an die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften stellte. Dant ihrer gesunden Finanzlage zeigten sich unsere Zentralverbände diesen starken Anforderungen durchwegs gewachsen. Trotz der gewaltig gestiegenen Mehrausgaben, denen nur eine geringe Mehreinnahme gegenüberstand, war es noch möglich, den Vermögensbestand der gesamten Verbände von 80 797 786 Mark auf 88 069 295 M. zu erhöhen.

Wie sich die Leistungsfähigkeit der Zentralverbände im Laufe der Jahre entwickelt hat, tritt recht deutlich vor Augen durch einen Vergleich der Einnahmen, Ausgaben und des Vermögensbestandes pro Kopf der Mitglieder in den einzelnen Jahren.

	Einnahmen pro Kopf der Mitglieder	Ausgaben pro Kopf der Mitglieder	Kassenvermögen
1891 . . . . .	6,88	9,62	2,56
1895 . . . . .	11,58	9,86	6,96
1900 . . . . .	15,89	11,89	11,38
1905 . . . . .	20,68	18,61	14,60
1906 . . . . .	24,82	21,88	14,98
1907 . . . . .	27,55	23,12	17,82
1908 . . . . .	26,50	22,96	22,30
1909 . . . . .	27,57	25,24	28,78
1910 . . . . .	31,91	28,71	28,06
1911 . . . . .	31,06	25,86	26,76
1912 . . . . .	31,71	24,15	31,98
1913 . . . . .	32,17	29,89	34,55

Die Tendenz der Entwicklung ist eine ständige Aufwärtsbewegung der Leistungsfähigkeit der Zentralverbände, die im Jahre 1913 zum höchsten Ausdruck kommt.

**III.**

Die gegnerischen gewerkschaftlichen Organisationen hatten unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse noch in höherem Maße zu leiden als die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände. Haben die letzteren im Jahresdurchschnitt noch einen wenn auch unerheblichen Mitgliedererwerb zu verzeichnen, so ist dagegen sowohl bei den kirchlich-dünckerischen Gewerbevereinen wie auch den christlichen Gewerkschaften ein Rückgang an Mitgliedern eingetreten.

Es zählten die kirchlich-dünckerischen Gewerbevereine am Schluß des Jahres 1913 106 618 Mitglieder. Da sich der Mitgliederbestand 1912 auf 109 225 bezifferte, so ist demnach gegen das Vorjahr ein Verlust von 2607 Mitgliedern = 2,39 Prozent erfolgt. Es ist aus der Statistik dieser Organisationsrichtung nicht ersichtlich, ob sich auch ein gleicher Mitgliedererwerb im Jahresdurchschnitt ergibt. Dieses scheint aber der Fall zu sein, denn es wurden 1913 13 632 Mark weniger an Beiträgen vereinnahmt als 1912.

Die Gewerbevereine verzeichnen für 1913 eine Gesamteinnahme von 2 866 891 M., welcher eine Ausgabe von 2 620 864 M. gegenübersteht. Das Gesamtvermögen betrug 1 728 528 M. Ein richtiges Bild von der Finanzgebarung der Gewerbevereine läßt sich aus dieser Zahlenaufmachung nicht gewinnen, da unter Einnahmen und Ausgaben auch die der selbständigen Kranken- und Begräbniskassen eingerechnet sind. Die Ausgabe für Kranken- und Sterbefälle beträgt zusammen 921 260 M., die von den übrigen Ausgaben abgesetzt werden müßten. Durch einen Abzug des gleichen Betrages von den Einnahmen würde man dann die Finanzgebarung der Gewerbevereine annähernd auf den richtigen Stand bringen.

Die Gesamtausgabe der Gewerbevereine stieg gegen das Vorjahr um 159 148 M. Die Einnahmen vermehrten sich um 80 562 M. Der Vermögensbestand ging um 100 323 M. zurück.

Eine wirtschaftliche Bedeutung im wirtschaftlichen Leben kommt den kirchlich-dünckerischen Gewerbevereinen nicht zu. Die wenigen Mitglieder, die sie umfassen, verbindet nicht eine kraftvolle Maßnahme ihrer wirtschaftlichen Interessen dem Unternehmertum gegenüber, sondern sie werden lediglich durch die Unterfütungseinrichtungen, welche die Gewerbevereine stets in den Vordergrund stellen, zusammengehalten.

Die christlichen Gewerkschaften bilden die jüngste gewerkschaftliche Organisationsrichtung. Sie wurden eigens zu dem Zweck ins Leben gerufen, der Ausbreitung der Zentralverbände entgegenzuwirken. Diese edle Absicht haben die christlichen Gewerkschaften bisher nicht erreicht und werden sie auch nie verwirklichen. Niemand ist anzunehmen, daß die im kirchlichen Seerbanne befindlichen Arbeiter allmählich

einsehen werden, daß eine wirksame Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen nur in einem festen Zusammenwirken mit der gesamten Arbeiterkraft erfolgen kann. Die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften hat sich bisher in bescheidenen Grenzen gehalten, trotz wohlwollender Berücksichtigung seitens der Behörden und der Unterstützung, die ihnen von Vertretern der katholischen und evangelischen Kirche zuteil wurde.

Im Jahresdurchschnitt ging die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften von 344 687 im Jahre 1912 auf 342 785 im Jahre 1913, also um 1902 = 0,55 Prozent zurück. Der Mitgliederverlust am Schluß des Jahres 1913 betrug gegen den Schlußbestand des Vorjahres 9195 = 2,62 Prozent.

Die Gesamteinnahmen der christlichen Gewerkschaften betragen 1913 7 177 764 M. gegen 6 608 350 M. im Vorjahre; die Mehreinnahme beträgt 569 414 M. Bedeutend höher sind dagegen die Ausgaben gestiegen, und zwar von 5 222 727 M. in 1912 auf 6 102 688 M. im Jahre 1913. Das ist eine Mehrausgabe von 879 961 M. Die Vermögensbestände wuchsen von 8 575 658 M. auf 9 682 796 M. im Berichtsjahre.

Außer den kirchlich-dünckerischen Gewerbevereinen und den christlichen Gewerkschaften kommen dann als gegnerische Organisationen in Betracht die seit 1897 unter der Bezeichnung „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ zusammengeschlossenen individualistischen Lokalvereine und weiter eine Reihe einzelner Berufsorganisationen mit gewerkschaftlichem Charakter, die in der Statistik als „unabhängige Vereine“ bezeichnet werden. Von der ersten Gruppe liegen statistische Ausweise nicht vor, ihre Tätigkeit vollzieht sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit, als gewerkschaftliche Organisationen haben sie nur eine geringe Bedeutung. Ueber die zweite Gruppe gibt die amtliche Statistik Auskunft, jedoch können wir zur Ergänzung unserer Statistik nur die für das Jahr 1912 in dem achten Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Angaben heranziehen, da die neuesten Ergebnisse noch nicht vorliegen. Nicht alle in der amtlichen Statistik als „unabhängige Vereine“ gezählten Organisationen können als Gewerkschaften bezeichnet werden. Einige von ihnen entbehren dieses Charakters völlig und können deshalb für unsere Gewerkschaftsstatistik nicht in Betracht kommen. Nach Aufhebung dieser Vereine und unter Benutzung der von den Zentralverbänden über das Bestehen von Lokalvereinen innerhalb ihres Organisationsbereiches gemachten Angaben, waren 1912 310 197 Personen in unabhängigen und lokalen Vereinen gewerkschaftlich organisiert. Ueber die Finanzgebarung dieser Organisationen liegen nur von 20 Vereinen mit 291 222 Mitgliedern Angaben vor. Es betrug die Gesamteinnahme 1912 3 040 925 Mark und die Ausgabe 2 520 211 M. Der Vermögensbestand betraff sich auf 3 152 636 M. Von den Ausgaben entfallen auf Streit- und Wahrgeldunterstützung 316 307 M. Davon kommen 309 542 M. auf den Streik der Bergarbeiter in Oberschlesien, den die polnische Berufsvereinigung führte. Für sonstige Unterfütungszwecke wurden 701 519 M. verausgabt, darunter für Reise- und Arbeitslosenunterstützung 54 721 M. Die Ausgabe für Verbandsorgane und sonstige Bildungsmittel beziffert sich auf 470 248 M.

Fakt man die gesamten Ergebnisse der Gewerkschaftsstatistik zusammen, so ergibt sich, daß im Jahre 1913 3 308 363 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert waren, darunter 257 373 weibliche. (1912: 3 294 499.) Die Gesamteinnahmen der Organisationen betragen 95 091 161 M., die Gesamtausgaben 86 148 726 Mark und der gesamte Vermögensbestand beziffert sich auf 102 633 255 M. Bei dieser Aufstellung sind, wie noch einmal ausdrücklich hervorgehoben werden soll, für die unabhängigen und lokalen Vereine die Angaben für 1912 verwandt worden. Es betragen die Ausgaben für Streit- und Wahrgeldunterstützung 19 307 604 M., für sonstige Unterfütungen, einschl. Rechtsschutz, 32 891 408 M., darunter für Reise- und Arbeitslosenunterstützung 13 727 102 M. Für Verbandsorgan und sonstige Bildungszwecke wurden 4 583 353 M. verausgabt.

Es sind gewaltige Summen, welche die Gewerkschaftsorganisationen in einem Jahre für die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder und zur Unterfütung in Fällen von Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. aufwandten. Und von allen diesen Summen fällt der Löwenanteil auf die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände. Seit dem Jahre 1891, dem Beginn der Gewerkschaftsstatistik, also in einem Zeitraum von 23 Jahren, verausgabten die Zentralverbände für die Führung wirtschaftlicher Bewegungen und Kämpfe 138 Mill. Mark und für friedliche Unterfütungszwecke 197,7 Millionen Mark. Von den letzteren Ausgaben entfielen seit 1891 auf:

Arbeitslose . . . . .	65 808 121 M.
Reisende . . . . .	15 123 205 „
Kranke . . . . .	80 248 281 „
Umzug, Not- und Sterbefälle . . . . .	17 018 253 „
Gemahregelte . . . . .	10 351 582 „
Invalide . . . . .	5 175 097 „
Rechtsschutz . . . . .	3 984 471 „

Durch die immense Tätigkeit der Gewerkschaften und den für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter verausgabten gewaltigen Summen ist eine weitgehende Hebung der wirtschaftlichen und kulturellen Lage der deutschen Arbeiterkraft erfolgt, die in ihrem vollen Umfange zahlenmäßig nicht nachweisbar ist. Die regelmäßigen Statistiken über die Resultate der wirtschaftlichen Bewegungen und Kämpfe können darüber kein erschöpfendes Bild liefern. Und wech ein hohes Maß von Not und Elend durch die Millionen von Mark, welche die Gewerkschaften für friedliche Unterfütungen verausgabten, beseitigt oder ge-





Sorge muß jetzt sein, daß der Krieg zu einem für Deutschland glücklichen Ende geführt wird und daß während des Krieges die Not im Volke nicht einen Umfang erreicht, der allen Mut und alle Kraft und Befähigung erschöpfen könnte. Wir wünschen aufrichtig, daß die zurzeit im deutschen Volke herrschende Stimmung dauernd sein möge. Daß sie erhalten bleibt, dazu können die Eisenbahnverwaltungen sehr viel beitragen. Bei der Einstellung von Hilfskräften würde aber, eingedenk der Worte des Kaisers, daß es hinfort keine Parteienunterschiede mehr geben soll, jeder geistig und körperlich Dienstfähige ohne Unterschied angenommen werden müssen. Wir halten es für selbstverständlich, daß, nachdem von höchster Stelle aus die Weisung ergangen ist, sich alle Staatsbehörden den Grundsatzen zu eigen machen, daß alle Deutsche ein Anrecht haben, in Staatsbetrieben beschäftigt zu werden. In Militärwerkstätten ist der Anfang damit gemacht worden, der lommantierende General des 7. Korps, Freiherr v. Bissing, hat folgenden Befehl erlassen:

Anlaßlich eines Spezialfalles sehe ich mich genötigt, folgendes bekannt zu machen: Das Vertrauen zu unserer so tüchtigen Arbeiterschaft ist während der Ereignisse der letzten Zeit in voller Weise gerechtfertigt worden, und dieses Vertrauen soll durch nichts erschüttert werden. Dabei macht es keinen Unterschied, ob Teile der Arbeiterschaft während des Friedenszustandes Organisationsformen irgendwelcher Art angeschlossen waren. Ich kann es daher nicht für richtig halten, wenn bei Aufsuchen zur Werbung von Arbeitern in Dienst der Heeresverwaltung unsere Arbeiter aus solchen Gründen ausgeschlossen werden. Ein solcher Ausschluß widerspricht der Verpflichtung, parteipolitische Unterscheidungen im Heeresdienst nicht zu machen.

Die Eisenbahnarbeiter haben während der letzten Zeit sicher Beweise ihrer Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit in ausreichendem Maße gebracht, und wir dürfen wohl hoffen, daß nun die Eisenbahnverwaltungen dem Beispiele Freiherrn v. Bissing und der Anregung von höchster Stelle folgen werden. Zwar hat der bayerische Verkehrsminister, Herr v. Seidlitz, in der jüngsten Zeit noch erklärt, daß er auf der Anerkennung seines verachteten Nebenbes verharren müsse, doch vermag uns das Verhalten nach all den Ereignissen der letzten Zeit in unserer Hoffnung nicht zu bezweifen.

Zunächst handelt es sich um die Entlastung der Eisenbahner und um die Einstellung von Hilfskräften aus den Reihen der Arbeitslosen. Wird in dieser Richtung überhaupt etwas geschehen, so dürften gerade in dieser Zeit bei der Auswahl der Kräfte wohl andere Grundzüge als die dem Nebenbes Herrn v. Seidlitz zugrunde gelegten maßgebend sein. Der Weltkrieg wird so manches ändern, und was nicht bessere Einsicht vermag, das wird die zwingende Macht der Verhältnisse vollbringen.

**Änderungen der Besoldungsordnung der Schaffischen Staats-Eisenbahnen.**

Nach Amtsblattnotverordnung treten mit Wirkung ab 1. Juli 1914 folgende Änderungen ein:

- I. Gehalts erhöhungen.**  
Es werden erhöht die Gehälter:  
a) der Oberbahnmeister und Ober-Telegraphenmeister von 2700, 3000, 3800, 3600 Mk. auf 2700, 3000, 3800, 3600, 3900, 4200 Mk.  
b) der Bahnmeister, Gasmeister und Telegraphenmeister 1. Klasse von 2100, 2400, 2700, 3000, 3800, 3600 Mk. auf 2400, 2700, 3000, 3300, 3600, 3900 Mk.  
c) der Bureau- und Kassendiener von 1800, 1400, 1500, 1600, 1700 Mk. auf 1800, 1600, 1700, 1800, 1900 Mk.  
d) der Stationswärter von 1000, 1100, 1200, 1300, 1400, 1500 Mk. auf 1200, 1300, 1400, 1500, 1600, 1700, 1800 Mk.

**II. Neue Stellen.**  
Neu geschaffen sind die Stellen:  
Für Eisenbahnschreiber und Stationsaufseher 1. Klasse in Besoldungsgruppe 14, a) mit 1800, 1900, 2120, 2280, 2440, 2600 Mk. Gehalt und für Materialausgeber 1. Klasse in Besoldungsgruppe 9, a) mit 1500, 1620, 1740, 1860, 1980 und 2100 Mk.

**III. Rang.**  
Die Eisenbahnschreiber und Stationsaufseher 1. Klasse werden der Rangklasse 9, die Materialausgeber 1. Klasse der Rangklasse X und die Stationswärter der Rangklasse XI zugeteilt.

**IV. Wohnungsgeldzuschuß.**

Der Wohnungsgeldzuschuß wird gewährt:

	in Ortsklasse		
	I	II	III
Den Eisenbahnschreibern und Stationsaufsehern 1. Klasse nach den Sätzen für Beamte der Klasse 5 mit . . . . .	450	360	270
Den Materialausgebern 1. Klasse nach den Sätzen für Beamte der Klasse 6 mit . . . . .	360	270	180

Die Bureau- und Kassendiener erhalten vom 1. Juli 1914 an den Wohnungsgeldzuschuß nach dem vollen Betrage. Die bisher gewährte Wohnungsbefähigung fällt von diesem Zeitpunkt an weg. Punkt 8 und 14 der Amtsblattnotverordnung 829/12 erliegen sich hiernach.

**V. Auslandszulagen.**

An Auslandszulagen erhalten	a) bei Wohnungsgeldzuschuß in der Ortsklasse		b) bei Wohnungsgeldzuschuß in der Ortsklasse	
	Bahnmeisterei	Privatwohnung	Ortsklasse I	Ortsklasse II
Die Oberbahnmeister und Ober-Telegraphenmeister . . . . .	540	690	450	360
Bahnmeister, Gasmeister und Telegraphenmeister 1. Klasse . . . . .	420	510	(wie bisher)	360
Eisenbahnschreiber u. Stationsaufseher 1. Klasse . . . . .	360	450	(wie bisher)	270
Materialausgeber 1. Klasse . . . . .	300	360	270	180
Stationswärter . . . . .	270	330	270	180

**VI. Bekleidungsgehalt.**  
Das Bekleidungsgehalt für Eisenbahnschreiber 1. Klasse des Stationsdienstes und die Stationsaufseher 1. Klasse wird auf 78 Mk. jährlich festgelegt.

**VII. Vergütungen für Verwaltungen- und Verkehrsstellen.**

Die den Stationswärtinnen aus Titel 7 Hof. 8 bisher gezahlten Vergütungen für Verwaltung von Verkehrsstellen fallen vom 1. Juli 1914 an weg. Weichemücker und Stationsaufseher erhalten die gleichen Vergütungen vom 1. Juli 1914 an nur noch als persönliche Bezüge solange, als sie eine Verkehrsstelle verwalten. Neue dergleichen Vergütungen sind nicht mehr zu bewilligen.

**VIII. Mietzinsen.**

An Mietzinsen für Dienstwohnung haben zu zahlen:

	Nach den durchschnittlich personensfähigen Einkommen	in Ortsklasse		
		I	II	III
Oberbahnmeister und Ober-Telegraphenmeister . . . . .	8720	444	408	372
Bahnmeister, Gasmeister und Telegraphenmeister 1. Klasse Eisenbahnschreiber und Stationsaufseher 1. Klasse . . . . .	3225	369	321	273
Materialausgeber 1. Klasse . . . . .	2425	276	240	204
Bureau- und Kassendiener . . . . .	1980	225	198	162
Stationswärter . . . . .	1880	216	186	159
Stationswärter . . . . .	1680	192	168	144

Die neuen Mietzinsätze sind, soweit nicht in besonderen Beschlüssen etwas anderes bestimmt ist, vom 1. Juli 1914 an zu entrichten; sie haben auch für freiwillige Mieter als Mindestsätze zu gelten. Die Amtsblattnotverordnung 829/12 und 78/18 sind entsprechend zu ändern bzw. zu ergänzen. Bei Erhöhung der Mietzinsen sind auch die Wasserzinsen nach den Bestimmungen Nr. 123 neu zu berechnen und in der anderweit festgesetzten Höhe anzugeben.

**Hafenarbeiter.**

Die Beschäftigung im Hamburger Hafen während des Monats Juli 1914. Der Hafenbetriebsverein schreibt uns: In unserem letzten Monatsbericht mußten wir mitteilen, daß im Schlussmonat des ersten Halbjahres 1914 der Rückgang der Beschäftigung weiter geschritten sei und in fast allen Betriebszweigen des Hafens größere Ausdehnung genommen habe. Jetzt liegen die Ergebnisse des Juli, des letzten Monats vor dem Ausbruch des Krieges, vor, und es zeigt sich, daß dieser Zeitabschnitt nicht nur gegenüber dem Juni zurückgeht, was seine außergewöhnliche Erscheinung ist, sondern auch ganz erheblich von der Juli-Beschäftigung des Vorjahres abhebt. Zwar ist hinsichtlich der mit Ladung angekommenen und abgegangenen Seeschiffe der Juli des laufenden Jahres immer noch etwas im Ueberbegriff gegen den Juli des Vorjahres — 2 155 509 gegen 2 094 544 Netto-Reg.-Tons — aber es sind durchschnittlich pro Werfttag nur 4186 Arbeiter im Stauerbetrieb beschäftigt worden gegen 4839 im Juli des Vorjahres, also um 653 täglich weniger, im Raibetrieb waren es 5576 Mann gegen 5850 gegenüber dem Juli des Vorjahres, also um 274 weniger. Es mag sein, daß der einseitige Rückgang, der namentlich auf die zweite Hälfte des Monats entfällt, bereits durch die Besorgnis vor einem Kriege mit verursacht war. Auch für die anderen Betriebszweige, mit Ausnahme der Winterernte, die eine geringe mit dem stärkeren Schiffsverkehr und vielleicht auch mit der Kriegsbefürchtung zusammenhängende Erhöhung der Tätigkeit aufweist, ist durchweg Rückgang der Beschäftigung festzustellen, so daß im Ganzen, einschließlich Harburg, das werktägliche Weniger an beschäftigten Arbeitern 1339 gegenüber Juli 1913 betragen hat. Da sich aber auch das Angebot an Arbeitskräften verminderte, so war die auf den einzelnen Arbeiter entfallende durchschnittliche Arbeitsmenge nicht erheblich verkleinert von derjenigen in Monaten günstigerer Konjunktur. Der Ausbruch des Krieges und die dadurch verursachte fast völlige Lahmlegung der Schifffahrt hat dann mit Anfang August die Beschäftigung im Hafen auf ein Mindestmaß herabgedrückt, wenn sie auch bis heute noch zum vollen Stillstand gekommen ist. Es ist zu hoffen, daß die durch die amtliche Verlautbarung vom 15. August erteilte Versicherung, wonach die Schifffahrt der Neutralen mit deutschen Häfen ungefährdet ist, sowie die teilweise Aufnahme des privaten Eisenbahn-Güterverkehrs und der Fortgang der Binnen-Schifffahrt dem Hamburger Hafen auch während der Kriegszeit Verkehr und Arbeit zuführen wird.

**Straßenbahner.**

**Bekanntmachung.**

Im Namen Seiner Majestät des Königs von Bayern erntet das Schöffengericht d. I. Amtsgerichts München in der Privatklagefache  
Berthmann, Paul, Gauleiter in München,  
gegen  
Koch, Hubert, Redakteur und Berleger in Duisburg,  
wegen Verletzung  
in seiner öffentlichen Sitzung vom 27. Januar 1914 in Gegenwart

- des I. Oberlandesgerichtsrates Mayer,
- der Schöffen:  
a) Lamm, Martin, Eisenbahndirektor,  
b) Weigert, Josef, Hoteldirektor,

\*) Die Materialausgeber 1. Klasse sind freiwillige Mieter.

3. des st. Gerichtsschreibers Hof nach gepflogener Hauptverhandlung zu Recht, wie folgt:

I.  
Koch, Hubert, geboren am 12. März 1882 in Köln, dorthin zuständig, katholisch, verheiratet, Redakteur und Berleger in Duisburg, ist schuldig eines Vergehens der Verleumdung und wird hierwegen zu einer Geldstrafe von einhundertfünfzig Mark, umgewandelt für den Fall der Uneinbringlichkeit in eine Gefängnisstrafe von fünfzehn Tagen, sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens einschließlich der notwendigen Auslagen des Privatklägers und in die Kosten der Strafvollstreckung verurteilt.

**II.**

Dem Privatkläger wird die Befugnis ausgesprochen, binnen einem Monat nach Rechtskraft des Urteils dessen erntenden Teil in der für amtliche Bekanntmachungen üblichen Form auf Kosten des Verurteilten je einmal zu veröffentlichen in der Monatschrift „Allgemeiner Deutscher Straßenbahner“ in Duisburg und in der Halbmonatschrift „Der Straßenbahner“ in Berlin.

Gründe: usw. usw.  
Der I. Oberlandesgerichtsrat: gez. Mayer.

Auf eingelegte Berufung des Angeklagten gegen vorstehendes Urteil zum Igl. Landgerichte München I erging folgendes Urteil:

Im Namen Seiner Majestät des Königs von Bayern erntet die I. Strafkammer des Igl. Landgerichts München I in der Privatklagefache  
Berthmann, Paul, Gauleiter hier,  
gegen  
Koch, Hubert, Redakteur und Berleger in Duisburg,  
wegen Verletzung  
in der öffentlichen Sitzung vom 4. Juli 1914, an welcher teilgenommen haben:  
der st. Igl. Landgerichtsdirektor Singer als Vorsitzender, die I. Landgerichtsräte Liebrich und Neuner als Beisitzer und der Herr-St. Zivilsenator als st. Gerichtsschreiber zu Recht, wie folgt:

Das Urteil des Schöffengerichts München vom 27. Januar 1914 wird im Strafspruch dahin geändert, daß der Angeklagte zur Geldstrafe von einhundert Mark und für den Uneinbringlichkeitsfall zur Gefängnisstrafe von zehn Tagen verurteilt wird. Im übrigen wird die Berufung des Angeklagten gegen das genannte Urteil verworfen. Die Kosten der 2. Instanz hat der Angeklagte zu tragen.

Gründe: usw. usw.  
gez.: Singer, Liebrich, Neuner.  
Vorstehendes Urteil ist rechtskräftig.  
Zur Beglaubigung:  
München, den 14. August 1914.  
Gerichtsschreiber des Igl. Amtsgerichts München.  
Abteilung für Strafsachen.  
Frenkel, Igl. Kanzleirat.

Als Bevollmächtigter des Privatklägers gebo ich Vorstehendes hiermit öffentlich bekannt.  
München, den 15. August 1914.  
Dr. Bernheim.  
Rechtsanwalt.

Augsburg. Gewalttätige Läden hat der Ruf zur Fahne nicht nur unter den Handels- und Transportarbeitern, sondern prozentual noch mehr unter den Kollegen der Straßenbahn geriffen. Während die ersteren mit dem stärkeren Kummer um ihre Familien dem Feinde entgegengehen, haben unsere Kollegen Straßenbahner wenigstens die, für jeden Familienvater erliche Sorge nicht zu tragen, da die Stadverwaltung sofort nach Ausbruch des Krieges beschloß, allen Schaffnern und Wagenführern bzw. deren Angehörigen den ganzen Lohn ohne Rücksicht auf die Dauer des Krieges weiterzuzahlen. Die Arbeiter erhalten die Hälfte, insofern nur eine unterhaltungsbedürftige Person vorhanden ist; im anderen Falle zählt die Stadt je nach Größe der Familie zwei Drittel und bei großen Familien den ganzen Lohn bis zum Ende des Krieges.

Daß durch dieses anerkanntswürdige Entgegenkommen der Stadt ihren Angehörigen gegenüber von diesen die Not während des furchtbaren Krieges ertragen gehalten ist, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Anders dagegen steht es mit den übrigen Mitgliedern. Die übergroße Zahl der einkommenslosen Kollegen sind verheiratet und hinterlassen Familien von Kindern, die kein Brot zu essen hätten, wenn nicht die Allgemeinheit wenigstens das Notdürftige geben würde. Noch schlimmer aber als diesen armen Frauen und Kindern ergeht es denjenigen Familien, wo der Ernährer jetzt schon arbeitslos ist oder doch in der nächsten Zeit werden wird. Solche Kollegen sind zunächst einzig und allein auf die Unterstützung der Organisation angewiesen. Hier mit Rat und Tat beizutreten, ist die erste Pflicht unseres Verbandes. Zu diesem Liebeswert können unsere Kollegen Straßenbahner dadurch beitragen, daß sie ihre Verbandsbeiträge wie bisher weiter bezahlen und sich dadurch nicht nur ihre erworbenen Rechte sichern, sondern es auch möglich machen, den Bedürfnissen unter die Arme greifen zu können. Unsere Kollegen Straßenbahner sollen nicht bezweifeln, daß auch ihre Verbesserungen auf Kosten der Allgemeinheit durchgeführt wurden und daß auch die Fürsorge ihrer Angehörigen während der Kriegszeit allen Steuerzahlern aufgerechnet wird. Es greift also auch hier wie im ganzen Wirtschaftskreis ein Rad ins andere, weshalb sie befreit sein müssen, die ganze



Zu dem vorliegenden Kassenbericht stellen Fall und Wegel eine Anfrage über die Verrechnungsbeiträge der Angestellten, die von dem Kassierer Steinicke beantwortet wird.

Hierauf werden auf Antrag des Revisors Kölle dem Kassierer sowie der Bezirksverwaltung Decharge erteilt. Die Neuwahlen von 8 Mitgliedern zum Verbandsvorstand sowie Neuwahl der Revisionskommission für die Verbandskasse wurden nach längerer Diskussion die bisher in den Kreisen tätigen Kollegen wiedergewählt.

Zu Punkt 5, Erhebung eines Ortszuschlages, lag folgender Antrag vor:

Die am 24. Juni im Lokal von Wegener, Seydelstraße 30, abgehaltene Branchenversammlung beantragt einstimmig, den Generalversammlung zu empfehlen, einem Ortszuschlag von 5 Pf. zuzustimmen, um so mehr, da die Branchenversammlung der Meinung ist, daß die Ortsverwaltung mit 5 Pfennig Ortszuschlag ganz gut zurecht kommen kann, des weiteren, weil in der Gruppe der Handwerker durch einen höheren Ortszuschlag die Agitation noch mehr wie bisher erschwert wird.

Die Wünsche der Fahrstuhlführer und Portiers.

Nachdem der Bezirksleiter darauf hinwies, daß die Funktionärerversammlung bereits zu dieser Frage Stellung genommen und empfohlen habe, 5 Pf. Ortszuschlag zu erheben, wurde nach kurzer Diskussion einstimmig beschlossen, ab 16. August 1914 5 Pf. Ortszuschlag zu erheben.

Die Delegierten von Ober-Schöneweide beantragten, daß der Kassenbericht den Delegierten von Groß-Berlin einige Tage vor Stattfinden einer Generalversammlung zugehelt wird.

Dieser Antrag wurde nach kurzer Diskussion abgelehnt.

Nachdem Berner nochmals auf die kritische Lage hinwies und besonders der eingeleiteten Hilfsaktion Erwähnung tat, empfahl er rege Beteiligung, um nach Möglichkeit die Folgen des Kriegszustandes zu mildern.

Deffau. Am 18. August fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, welche sich mit der Bekanntmachung des Hauptvorstandes, betr. Änderungen der Unterstützungen, befaßte. Kollege A. ging in seinen Ausführungen zunächst auf die Ursache dieser Maßnahmen ein. Durch die Einberufung aller wehrpflichtigen Männer ist unsere Organisation eines bedeutenden Teils ihrer Mitglieder beraubt worden. Ferner ist aber auch die Arbeitslosigkeit der Mitglieder ganz gewaltig gestiegen. Da nun durch die angeführten Ursachen die Beitragsleistung zurückgegangen, die Anforderungen an die Kassen aber gewaltig gestiegen sind, so ist der Vorstandsvorstand gezwungen, die statutarischen Unterstützungsbestimmungen aufzuheben und an deren Stelle die in der Bekanntmachung in Nr. 33 des 'Courier' veröffentlichten Unterstützungsätze treten zu lassen. Aus unserer Verwaltungsstelle waren bis zum heutigen Tage nicht weniger als 119 Kollegen zu den Waffen gerufen. Hier von waren 104 Kollegen verheiratet und 15 ledig. Da auch die Angehörigen der ins Feld Gezogenen vor der äußersten Not geschützt werden müssen, ist es notwendig, daß alle noch in Arbeit stehenden Kollegen und Kolleginnen ihre Beiträge weiterschalten, damit unsere Organisation in dieser schweren Zeit den an sie gestellten Anforderungen gerecht werden kann. Alle Diskussionsteilnehmer waren mit den Maßnahmen des Vorstandes einverstanden, insbesondere erklärten sie den Wegfall der Krankenunterstützung für berechtigt. Von verschiedenen Seiten wurde angezogen, eine örtliche Extrakasse für die Angehörigen der ins Feld gezogenen Kollegen einzuführen. Nach einer Erklärung H. S. nahm man aber von der obligatorischen Einführung Abstand. Die Unterkassierer sollen aber örtliche Fondsmarken mit sich führen,

damit diejenigen Mitglieder, welche gewillt sind, freiwillig Extrabeträge zu zahlen, das ungehindert tun können. Wir hoffen, daß dieser Anregung recht viele Folge leisten.

Von einigen Frauen unserer ins Feld gezogenen Mitglieder wurde über nicht ganz einwandfreie Behandlung der Unterfertigungsbediensteten geklagt. So sollen unter anderem die besser geleiteten Frauen besser und zuvorkommender behandelt worden sein, als die in einfacher Kleidung erscheinenden. Beteren hat man gefagt, sie mögen vor allen Dingen sich nach Arbeit umsehen, denn gerade für die Frauen gäbe es genügend Arbeit. Wir werden die einzelnen Fälle feststellen und Beschwerde gegen diese Beamten einreichen. Wir erheben deshalb dringend, uns solche Fälle sofort mitzuteilen, damit wir die nötigen Schritte dagegen unternehmen können. Nachdem noch mitgeteilt wurde, daß unser für den 2. August angefertigtes Sommerfest nicht hat stattfinden können, wurde nach einer Aufforderung des Vorsitzenden, auch in dieser schweren Zeit treu zur Organisation zu halten, die sehr gut besuchte Versammlung geschlossen.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Abhanden gekommen sind die Verbandsbücher nachstehender Mitglieder:

- In Berlin: Herm. Lent, Spt.-Nr. 46 832, eingetr. 23. 4. 14; Erich Zwanzig, Spt.-Nr. 66 557, eingetr. 29. 11. 10; Wilh. Schulze, Spt.-Nr. 27 561, eingetr. 14. 6. 13; Gustav Wolbass, Spt.-Nr. 45 869, eingetr. 12. 8. 10; Frh. Böttcher, Spt.-Nr. 21 922, eingetr. 25. 6. 07; Karl Dreijer, Spt.-Nr. 15 897, eingetr. 16. 3. 05; Alfons Ahe, Spt.-Nr. 427 452, eingetr. 27. 8. 12; Herm. Howe, Spt.-Nr. 64 273, eingetr. 2. 1. 08; Wilh. Junitsch, Spt.-Nr. 429 089, eingetr. 3. 10. 13; Gustav Kammach, Spt.-Nr. 44 962, eingetr. 17. 4. 92; Otto Lierich, Spt.-Nr. 26 632, eingetr. 25. 5. 13.

In Magdeburg: Stefan Peters, Spt.-Nr. 86 015, eingetr. 1. 5. 97.

In Nürnberg-Fürth: Jakob Wallwieser, Spt.-Nr. 192 195, eingetr. 9. 11. 12.

In Oederan i. S.: Paul Adler.

In Spremberg (N.-S.): Herm. Schuberl, Spt.-Nr. 300 433, eingetr. 5. 2. 11.

Eine neue Verwaltungsstelle wurde gegründet am 25. Juli 1914 in Eidelstedt. Ver. B. Maach, Kiel Str. 64, I. Kassierer B. Krohn, Feldstr. 5. Der Kollege Titus Köffel, Baretli. Odenburg, wird dringend erucht, seine jetzige Adresse anzugeben.

Mit kollegialem Gruß

Der Verbandsvorstand.

S. A.: Oswald Schumann, Berlin SO 16, Engel-Ufer 21.

Kassenabsluß pro 1. Quartal 1914.

Einnahme.

Table with columns for description, M, S, M, S. Rows include: An Einnah. durch d. Ortsverwaltungen: Beitritts-gelder à 1.-M., 6745.-; à 50 Pf., 80750; Wochenbeiträgen à 50, 794989 61; à 45, 2759177; à 40, 2348075; à 30, 92155; à 25, 3148806; à 20, 16870; à 15, 450878644 94.

Table with columns for description, M, S, M, S. Rows include: Gaubeträgen, 23849 15; Schulzabrechnungen, 46 22; Duplikate, 10; An direkte Einnahmen der Hauptkasse: Abonnement-gelder, 525 54; Retourzahlungen, 117 20; Zinsen, 4419 98; Diverse, 127 70; An Einnahmen bei Lohnbewegungen: Streitbeiträge, 1412 60; Binnenschifferbeitrag, 8942 65; Baufondsbeiträge a. Marken, 16829 52; a. Ortskasse, 8012 80; An Gesamteinnahme, 939990 80; Kassenbestand am 1. Januar 1914., 1083861 56; Summa, 2023852 36.

Ausgabe.

Table with columns for description, M, S, M, S. Rows include: Per Drucklegung der Verbandsorgane: Redaktion, 62787 25; Expedition, 8504 17; Unterfertigungen: a) bei Arbeitslosigkeit, 341724 10; b) in Krankheitsfällen, 412282 38; c) Beerdigungsbeihilfe, 29707 25; d) in Notfällen, 8789 23; e) Rechtschuh, 18199 72; Verwaltungsausg.: a) persönliche, 26100 05; b) sächliche, 6089 84; Druckfachen: Broschüren Koalit., 8850.-; Statist., 175.-; Porto usw., 1761 70; Bücher und Zeitschriften, 1037 27; Utenilien, 1454.-; Veröffentlichungsbeiträge, 2446 11; Gauagitation, 41406 01; Allgemeine Agitation, 4908 10; Reichs-Sektion, 2167 87; Zuschuß an die Ortskassen, 4936 63; Generalfom. 2., 3. u. 4. Qu. 1913, 23877 90; Konferenzen u. Sitzungen, 4546 75; Karte, 153.-; Bildungszwecke, 877 50; Bankspesen, 524 75; Arbeitsnachweis, 25.-; Verlegung, 154 10; Diverse, 509 62; Ausgaben bei Lohnbewegungen: Unterfertigung an Streikende, 30545 27; Gemahregelte, 6107 44; Fernhalten des Zuganges: Fortschaffen Zugereister, 86 90; Verlorenen Untoisten, 127 65; Sächliche, 301 10; Rechtsschuh, 407 81; Baufonds übermiesen, 526 90; Gesamtausgabe, 1078299 19; Kassenbestand am 31. 3. 1914., 944553 17; Summa, 2023852 36.

Bilanz.

Table with columns for description, M, S, M, S. Rows include: Kassenbestand am 1. 1. 1914., 1083861 56; Einnahme, 939990 80; Ausgabe, 1078299 19; Mehransgabe, 139089 39; Kassenbestand am 31. 3. 1914., 944553 17; Carl Kahler, Hauptkassierer; Revidiert am 14. 8. 1914.; Die Revisionskommission: Adolf Blech, Carl Fröhbrodt, Paul Leng, August Langkau, Hugo Suhr.

Abrechnung der Verwaltungsstellen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes pro 1. Quartal 1914.

Large table with columns for Gau bzw. Bezirk, Bestand, Beitr., Wochenbeiträge, Sum. örtlicher Fonds, Beiträge zum Streitf., Sonstige Einnahmen, Summa, Örtliche Krankens., Örtliche Beerdigungsbeihilfe, Sonstige Unterstützungen, Verwalt., Veranm., Bibliotheksb., Partei- und Extrat., Porto und Diverse, An die Hauptkass., Kassenbestand, Summa. Rows include: Gr.-Berl., 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, Stimmenf. u. Stöber.